

# ZEHN FRAGEN UND ANTWORTEN BEZÜGLICH DER RÜSTUNGSINDUSTRIE IN DER EUROPÄISCHEN UNION

- F1:** Gibt es in der Europäischen Union (EU) irgend einen vereinbarten Grundsatz bezüglich der Waffenindustrie?
- A1:** Ja. Die gegenwärtige Übereinkunft wurde einstimmig vereinbart durch die Regierungschefs der 28 EU-Mitglieder bei einem Gipfeltreffen in Brüssel im Dezember 2013.  
Gemäß dieser Übereinkunft soll die EU Rüstungsindustrie „gestärkt werden, um die operative Effektivität und Bereithaltung [von Waffen] sicher zu stellen, sowie global wettbewerbsfähig zu bleiben und Arbeitsplätze, Innovation und Wachstum in ganz Europa anzukurbeln“.<sup>1</sup>
- F2:** Kann diese Politik sicherstellen, dass die nationalen Regierungen in der EU Rüstungsgüter kaufen können, oder der Europäischen Waffenindustrie dabei helfen zusätzliche Profite durch den Verkauf von Rüstungsgüter nach außerhalb der EU zu machen?
- A2:** Beides. Die Übereinkunft betrachtet die Europäische Waffenindustrie sowohl als eine Quelle für militärische Stärke als auch als Teil der Wirtschaft - ein Mittel um Arbeitsplätze zu schaffen. Angenommen die EU-Waffenindustrie produzierte mehr Rüstungsgüter als sie an die nationalen Regierungen in der EU verkaufen kann, dann könnte sie nur dann neue Jobs und Wachstum schaffen, wenn sie die Waffen außerhalb der EU verkauft.
- F3:** Gibt es keine Gesetze welche die Rüstungsexporte begrenzen?
- A3:** Doch, es gibt sie. Aber diese Gesetze werden meistens zugunsten der Rüstungsindustrie ausgelegt. In allen EU-Mitgliedsstaaten müssen alle, die Rüstungsgüter exportieren wollen, eine Exportlizenz einholen. Aber es nicht nicht schwierig, Waffenexportlizenzen zu bekommen - über 99% der innerhalb der EU gestellten Anträge werden genehmigt.<sup>2</sup> Zum Beispiel:
- Im Zeitraum von April bis September 2015 hat Großbritannien Exportlizenzen im Wert von 2,8 Milliarden Pfund Sterling für den Verkauf von Rüstungsgütern (inclusive Militärflugzeuge und Bomben) nach Saudi-Arabien gewährt - trotz der schlechten Berichte aus Saudi-Arabien bezüglich der Menschenrechte, und trotz der illegalen Bombardierung der Zivilbevölkerung während der saudischen Intervention im Jemen.<sup>3</sup>
  - Der französische Waffenindustrie wurde kürzlich erlaubt, große Mengen militärischer Ausrüstung an Ägypten zu verkaufen - und auf diese Weise ein diktatorisches Regime zu unterstützen, wo willkürliche Verhaftungen, Exekutionen und Folter üblich sind. Im Jahr 2015 wurden Verträge über den Verkauf von 24 Kampffjets und zwei großen Kriegsschiffen nach Ägypten unterzeichnet.
- F4:** Wer entscheidet darüber, ob eine Waffen-Ausfuhrgenehmigung erteilt wird oder nicht?
- A4:** In den meisten EU-Mitgliedsstaaten entscheidet eine nationale Regierungsabteilung.<sup>5</sup>  
Es gibt einige EU-weite Lizenz-Regularien, welche alle 28 EU-Mitgliedsstaaten unterschrieben haben.<sup>6</sup> Diese Regeln halten die Mitgliedsstaaten an, Lizenz-Entscheidungen an bestimmte Kriterien zu binden (inklusive der Berichte aus den Empfängerländern bezüglich der Beachtung der Menschenrechte und des Internationalen Rechts). Indes sind diese Regularien offen für Interpretationen, und es gibt wenig Verlaß auf Lizenz-Entscheidungen. In der Praxis könnten Waffenhändlern mit genügend politischem Einfluss sogar eine Lizenz erlangen, wo die Regularien anderes angezeigt sein ließen.
- F5:** Warum sind Regierungen dermaßen bereit, die Rüstungsindustrie zu unterstützen?
- A5:** Die Rüstungsindustrie hält enge Verbindung zu den politisch Mächtigen. Sie tut dies durch die Finanzierung von professionellen Lobbyisten sowie durch das Angebot von Jobs für Minister, leitende Verwaltungsbeamte und hochrangige Armee-, Marine und Luftwaffen-Offiziere im Ruhestand. Es gibt also immer viele gut vernetzte Leute, welche die Interessen der Rüstungsindustrie in den höchsten Ebenen der Regierung fördern. Überdies haben die Entscheidungsträger einen deutlichen Anreiz, diese Industrie zu fördern: Sie wissen, dass diese Industrie ihre Unterstützer mit gut bezahlten Jobs im Ruhestand belohnt!

**F6: Sind alle nationalen Regierungen der EU gleichermaßen darin verstrickt?**

**A6:** Ja und Nein. Alle 28 EU-Mitgliedsstaaten haben gleichermaßen die EU-weit vereinbarten Grundsätze bezüglich der Rüstungsindustrie unterzeichnet, aber nicht alle Mitgliedsstaaten sind gleichermaßen in Waffenhandel verwickelt. Tatsächlich zeigen die Kennzahlen, dass mehr als drei Viertel (in Geldwert) der Waffen-Ausfuhrgenehmigungen, welche innerhalb der EU bewilligt werden, von nur fünf Mitgliedsstaaten erteilt werden: Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Großbritannien.<sup>7</sup>

**F7: Jenseits der Frage, wohin die Waffenexporte gehen - gibt es weitere Gründe besorgt zu sein bezüglich des Einflusses der Rüstungsindustrie auf Regierungen?**

**A7:** Der politische Einfluss der Rüstungsindustrie bedroht den Frieden. Die Industrie hat ein finanzielles Interesse daran, Regierungen davon zu überzeugen, weiterhin militaristische Politik zu verfolgen. Je mehr diese Regierungen sich selbst bewaffnen - und je mehr sie sich an militärischen Aktionen beteiligen - umso mehr Gewinn macht die Industrie. Da die Rüstungsindustrie so einflussreich ist, sollten wir nicht überrascht sein, wenn Regierungen militaristisches Denken für ihre Außenpolitik übernehmen und auf Konflikte mit Gewalt antworten.

**F8: Wie groß ist die Rüstungsindustrie in der EU überhaupt?**

**A8:** Groß. Nach Angaben der Europäische Kommission betrug der Umsatz der EU-Rüstungsindustrie 96 Milliarden Euro im Jahr 2012.<sup>8</sup>

**F9: Wenn die EU Rüstungsindustrie so groß ist, ist das Argument stichhaltig, dass Regierungen die Rüstungsindustrie unterstützen sollten, weil sie einen bedeutenden Teil der Wirtschaft darstellt?**

**A9:** Die Lobbyisten der Rüstungsindustrie nennen dieses Argument häufig. Trotzdem ist es ein Argument, welches auf einem falschen Verständnis von Wirtschaft beruht. Wenn Regierungen einer Politik folgen würden, welche die Größe der Rüstungsindustrie reduziert (wenn sie sich z.B. strikter in Bezug auf Rüstungs-Exportlizenzen verhielten), so würde das derzeit in die Rüstungsindustrie investierte Kapital ja nicht einfach verschwinden - es wäre verfügbar für andere Investitionen. Selbst wenn Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie verloren gingen, würde die Wiederanlage von Kapital neue Arbeitsplätze in anderen Industriezweigen schaffen.

Dabei müssen wir erkennen, dass die Verkleinerung der Rüstungsindustrie dazu führen würde, dass manche Leute ihre Jobs verlieren - denn die Rüstungsindustrie bietet in manchen Regionen tatsächlich einen erheblichen Teil der Arbeitsplätze. Die Regierungen müssten wirtschaftliche Aufbauprogramme in den betroffenen Regionen planen, ebenso müssten sie den dort Beschäftigten helfen andere Jobs zu finden (z.B. durch Umschulung). Im Jahr 2014 veröffentlichte die britische Organisation *Campaign Against Arms Trade* ein Papier mit dem Namen *Arms to Renewables (Waffen zu Erneuerbaren Energiequellen)*<sup>9</sup>, in welchem vorgeschlagen wird, dass viele Beschäftigte aus der Rüstungsindustrie in die Industrie der Erneuerbaren Energien wechseln könnten.

**F10: Gibt es irgend etwas, das ich als besorgte Bürgerin bzw. besorgter Bürger in Bezug auf diese Angelegenheiten tun kann?**

**A10:** Aber natürlich! Es gibt viele Friedens- und Menschenrechts-Organisationen innerhalb der EU, die Kampagnen zu diesem Themenbereich durchführen. Die Webseite des European Network Against Arms Trade ([www.enaat.org](http://www.enaat.org)) ist eine guter Ausgangspunkt für die Suche.

Es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, wie du einer dieser Kampagnen-Organisationen unterstützen kannst:

- Deine Stimme geben - Petitionen unterzeichnen, Briefe schreiben, an Demonstrationen teilnehmen, etc.
- Finanzielle Unterstützung leisten - denn Kampagnen-Organisationen leiden immer unter Geldmangel (im Gegensatz zur Rüstungsindustrie, welcher nie das Geld ausgeht).
- Ehrenamtlich mitarbeiten - denn Kampagnen-Organisationen sind auf engagierte Ehrenamtliche angewiesen.

**Verbinde dich mit anderen, um sich dem Einfluss der EU Rüstungsindustrie entgegen zu stellen!**

---

**Fußnoten:** [1] Aus den Beschlüssen des Europäischen Rates vom Dezember 2013, Paragraph 16. Siehe [bit.ly/1drf2Up](http://bit.ly/1drf2Up) [2] Basierend auf einer Analyse der Zahlen des Europäischen Netzwerks gegen Waffenhandel für den Zeitraum von 2009-2013. Siehe [bit.ly/1o2iGPJ](http://bit.ly/1o2iGPJ) [3] Für die Zahlen des Exportlizenzen-Berichtes siehe [bit.ly/20e1lkO](http://bit.ly/20e1lkO) - für den saudi-arabischen Menschenrechts-Bericht und das illegale Bombardieren siehe [bit.ly/1YJyKUP](http://bit.ly/1YJyKUP) und [bbc.in/1SbGTAq](http://bbc.in/1SbGTAq) [4] Für den Waffenverkauf an Ägypten siehe [bit.ly/20XFnD0](http://bit.ly/20XFnD0) und [cnn.it/1Pt44Rm](http://cnn.it/1Pt44Rm) - für den Menschenrechtsbericht für Ägypten siehe [bit.ly/1QtZ6TD](http://bit.ly/1QtZ6TD) [5] Für die Auflistung der Waffenzulassungs-Behörden in der EU siehe [bit.ly/1TaK4a2](http://bit.ly/1TaK4a2) [6] Für die EU-weiten Regeln bezüglich Waffenexport-Lizensierung siehe [bit.ly/1AlpSlC](http://bit.ly/1AlpSlC) [7] Siehe Fußnote 2 [8] Siehe [bit.ly/1Q9lkBP](http://bit.ly/1Q9lkBP) [9] Siehe [bit.ly/20qKDns](http://bit.ly/20qKDns)

Dieses Informationsblatt wurde im Februar 2016 zusammen gestellt von Tim Harman (QCEA). Deutsche Übersetzung von Hans Georg Klee (Friedensausschuss der Quäker). Dieses Blatt kann gerne kopiert und verbreitet werden.